



Vorlage an den Gemeinderat

- Breitbandversorgung in der Gemeinde Grünkraut
- Ausbaukonzept nach Bundesförderung
 - künftiger Abschluss von Hausanschlussverträgen von nicht-förderfähigen Hausanschlüssen

Vorlage **GR 2020**

TOP 04

für Sitzung am: 20.10.2020
erstellt von: Andreas Hermann
Aktenzeichen: 022.31; 623.40
☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausbaukonzept nach Bundesförderung

Sachverhalt:

Ausgangslage/Allgemeines:

In Absprache mit der Gemeinde stellte der Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg einen Förderantrag für Beratungsleistungen im Bundesförderprogramm (Förderung bis zu 50.000 Euro).

Nach Bewilligung durch den Bundesfördermittelgeber atene KOM wurden insgesamt fünf ausgewählte und renommierte Beratungs- und Planungsunternehmen gebeten, ein Angebot abzugeben. Um möglichst umfassend alle förderfähigen Leistungen nutzen zu können, erstellte der Zweckverband einen dementsprechenden Leistungskatalog.

Folgende Leistungen wurden abgefragt und erarbeitet:

- Erarbeitung einer Ausbaukonzeption mit Netzstruktur und sinnvoller Clusterbildung (weiße Flecken, graue Flecken, Gewerbegebiete, Schulen und Krankenhäuser) mit Anzahl der Haushalte, Mengenermittlung und Kostenschätzung
- Aktualisierung der FTTB-Masterplanung (aufgrund des Wechsels von Landes- auf Bundesförderung gibt es neue Richtlinien, z.B. neue Faserkonzepte)
- Aktualisierung vorhandener Objektdaten, z.B. neue Wohn- und Gewerbegebiete sowie Leerrohrbestand
- Erhebung der Breitbandversorgung sowie bestehenden Breitbandinfrastruktur vor Ort zur Schaffung neuer Synergien
- Ab Herbst 2020: Erarbeitung eines Grobkonzeptes zur digitalen Zukunftskommune (Smart City) mit Berücksichtigung lokaler Kernthemen

Nach Eingang und Auswertung der Angebote ging die Beratungsleistung an das Planungsbüro Corwese.

Infos über das zuständige Planungsbüro:

Corwese hat seinen Hauptsitz im bayrischen Seefeld und verfügt mit über 30 Jahren Erfahrung und über 800 Förderprojekten deutschlandweit – auch in Baden-Württemberg – über genug Expertise für unsere angefragte Leistung. Projektleiter und unser Hauptansprechpartner mit langjähriger Erfahrung war Herr Schuster, mit einem 25-köpfigen Team im Hintergrund. Laut ateneKOM ist die Corwese GmbH das Unternehmen mit den meisten geförderten Masterplänen im Rahmen des Bundesverfahrens und gemessen an den geförderten „Beratungsleistungen Bund“ bundesweit führend.

Im ersten Schritt wurde mit der Beschaffung von Bestandsdaten begonnen. Folgende Daten wurden zusammen mit der Gemeinde und dem Zweckverband ermittelt und in der Planung berücksichtigt:

- Vorhandene Breitbandinfrastruktur (gefördert und ungefördert)
- Kommunale Neuerschließungen inkl. Gebäudeanzahl (Neubaugebiete in Wohn-, Misch- und Gewerbegebiete)
- Vor-Ort-tätige Telekommunikationsunternehmen



- Zukünftige Baumaßnahmen, welche einbezogen oder genutzt werden sollen
- (Größere) Baumaßnahmen Dritter, welche einbezogen oder genutzt werden sollen
- Liste öffentlicher Gebäude (auch Schulen – auch VHS-Außenstandorte z.B. im Rathaus, Krankenhäuser)
- Mobilfunkstandorte und WLAN-Standorte (z.B. Marktplätze, Kulturstätten, Festhallen)
- Priorisierung der Ausbauggebiete (Ortsteile, Schulen, Gewerbe)
- Mögliche Standorte für PoP-Gebäude (Point-of-Presence-Gebäude, welche als Hauptknotenpunkte dienen)

Ziel der Beratungsleistungen ist es primär, alle notwendigen Daten für einen zeitnahen Förderantrag im Bundesprogramm vorzubereiten und so den Breitbandausbau voranzubringen.

Sachverhalt:

Damit möglichst zeitnah mit der Förderantragsstellung begonnen werden kann, wurden der Fokus zunächst auf die förderfähigen Gebiete und die Clusterbildungen gelegt. Nach der Sommerpause erfolgt die Erarbeitung eines Smart City Konzeptes. Hierfür wird der Zweckverband gesondert auf die Gemeinde zukommen. Es ist ein Workshop geplant, in welchem die Gemeinde zusammen mit dem jeweiligen Planungsbüro und dem Zweckverband die Kernthemen in der Gemeinde ermittelt und Lösungsansätze evaluiert. Unabhängig vom Breitbandausbau können hier auch weitere Ansprechpartner der Gemeinden mit einbezogen werden, von A wie Abfallentsorgung bis Z wie Zulassungsstelle. Auch wenn der Zweckverband die nächsten Jahre dieses Smart City Konzept kapazitätstechnisch noch nicht umsetzen kann, möchte dieser den Gemeinden und Gemeinderäten/innen eine Idee für die Zeit nach oder neben dem reinen Breitbandausbau an die Hand geben. Die Fertigstellung dieses Konzeptes wird im Herbst dieses Jahrs erwartet.

Mögliche weitere Vorgehensweise:

Sobald der Gemeinderatsbeschluss zur Beauftragung der Förderantragsstellung gefasst ist und die erforderlichen Mittel im Haushalt eingeplant werden können, kann der Förderantrag gestellt werden. Sobald die Bewilligung in vorläufiger Höhe vorliegt (Bearbeitungszeitraum von 8-12 Wochen), können die weiteren Schritte folgen:

1. Planungsleistung (bis zu 12 Monate)
 - a. Ausschreibungsphase Ingenieurdienstleistungen (EU-weit = mind. 6 Monate)
 - b. Vergabe Ingenieurdienstleistungen
 - c. Ausführungs- und Genehmigungsplanung
2. Bauleistungen (Dauer abhängig von mehreren Faktoren z.B. Projektgröße)
 - a. Ausschreibungsphase Bauleistung
 - b. Vergabe Bauleistung
 - c. Bauphase
 - i. Konkretisierung des Förderantrages
 - ii. (Förder-)Mittelanforderung und -abruf
3. Netzaktivierungsphase
 - a. Übergabe Netz an Netzbetreiber
 - b. Aktivschaltung (bis zu 6 Monate)

Die genauen Schritte können dem Prozessablauf Breitbandausbau mit Bundesförderung (siehe Anlage) entnommen werden.

Finanzielle Auswirkung:

Nach Abschluss des ersten Teils der Beratungsleistungen stehen uns nun alle Infos (gewünschte Ausbauggebiete mit Kosten – inkl. Schulen - und zu erschließenden



Haushalten) für einen Bundesförderantrag zur Verfügung, um die Ingenieur- und Bauleistungen zum Ausbau des Breitbandnetzes auszuschreiben. Die Ergebnisse der Beratungsleistung inkl. Kostenschätzung werden durch das Büro in der Sitzung vorgestellt. Es fehlen noch die letzten Abstimmungen mit den Versorgern.

Nach jetzigem Stand sind die Fördermittel bis Ende 2024 befristet (Umsetzung).

Beschlussvorschlag:

1. Die Ergebnisse der Beratungsleistung (ausgenommen Smart-City-Konzept) mit ermittelter Priorisierung und der zeitlichen Umsetzung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Umsetzung der Ausbaukonzeption, mit einer Förderquote von bis zu 90%, wird wie folgt zugestimmt: Ausbau aller Gebiete.
3. Die dafür erforderlichen Kosten in Höhe werden im Haushalt bereitgestellt.
4. Der Zweckverband Breitbandversorgung wird mit der Beantragung der Fördermittel im Bundesförderprogramm mit Kofinanzierung durch das Land Baden-Württemberg für die unter Punkt 2. beschlossenen Gebiete beauftragt.

Künftiger Abschluss von Hausanschlussverträgen von nicht-förderfähigen Hausanschlüssen

Sachverhalt:

Ausgangslage/Allgemeines:

Immer drängender gewinnt eine schnelle Internetverbindung an Bedeutung. Und auch wenn die Breitbandversorgung noch nicht offiziell zur Daseinsvorsorge zählt, ist es für Unternehmen wie für Privathaushalte ein Hauptkriterium zur Standortwahl. Obwohl der Breitbandausbau keine kommunale Aufgabe ist, sehen sich Städte und Gemeinden immer mehr in der Pflicht ihren Bürgerinnen und Bürgern, sowie den Unternehmen genau diesen zu bieten. Im schlimmsten Fall folgt ein Umzug von Familien oder der Wegfall von Gewerbesteuern.

Die Förderungen im Breitbandausbau sind in den vergangenen 10 Jahren zwar immer höher, aber auch immer bürokratischer geworden. Mittlerweile können wir von einer 90 %-Förderung für unterversorgte Gebiete, sogenannte „weiße Flecken“, profitieren. Diese Förderung gilt für Projekte bis insg. 60 Mio. Euro und beinhaltet alle passiven Bestandteile des Netzes, vom Hauptverteiler (Point-of-Presence) bis zur Hauseinführung im Keller mit Hauptübergabepunkt. Als weiße Flecken werden alle Gebiete bezeichnet, bei denen eine Breitbandversorgung von 30 Mbit/s nicht erreicht wird. Alle Anschlüsse über dieser Aufgreifschwelle gelten als versorgt und sind nicht förderfähig. Diese Gebiete werden auch als „grauer Fleck“ bezeichnet. Die Überbauung bereits bestehender Glasfaseranschlüsse oder von Koaxialkabeln (Fernsehanschlüsse), bei welchen Bandbreiten von 250 Mbit/s bis 1 Gbit/s laut Anbieter möglich sind, werden auch in Zukunft nicht förderfähig sein.

Sachverhalt:

Theoretisch sind die o.g. Förderabgrenzungen absolut nachvollziehbar. In der Praxis sieht es jedoch häufig anders aus. Viele Anwohner verstehen nicht, warum das Haus gegenüber einen kostenlosen Glasfaseranschluss bekommt und das eigene Grundstück leer ausgeht oder so viel teurer ist. Besonders, wenn die Nachbarn einen vollgeforderten Anschluss bis in den Keller bekommen. Auf der anderen Seite ist es für den Netzbetreiber und auch für die Gemeinde



wichtig, eine möglichst hohe Anschlussquote, Marktsättigung und somit auch höhere Pacht zu erzielen. Doch das sieht die aktuelle Bundesförderung nur bedingt vor. Gefördert wird in grauen Flecken nur bis zur Grundstücksgrenze und das nur, wenn die Rohrverbünde diesen grauen Fleck durchqueren.

Die Erhöhung der Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s wird seit einigen Jahren diskutiert und soll erfolgen. Zeitpunkt und Bandbreite sind jedoch noch offen. Es ist jedoch nicht im Sinne der Verwaltung in kürzester Zeit den gleichen Graben zweimal für Breitband aufzumachen.

Aus diesem Grund wurde im Verbandsgebiet des Zweckverband Ravensburg in der letzten Verbandsversammlung am 15.06.2020 ein einheitliches Vorgehen abgestimmt, wie die Hausanschlusskosten im grauen Fleck behandelt werden können.

Prinzipiell stehen folgende Varianten im grauen Fleck zur Verfügung:

- Der Hauseigentümer zahlt nach Grundstücksgrenze alles nach Aufwand
- Alle Hauseigentümer zahlen einen pauschalen Preis
- Im weißen Fleck wird auch der Hausanschluss mit 90 % gefördert. 10 % bleiben als Eigenanteil bei der Gemeinde. Im grauen Fleck würden die Anschlusskosten beim Hauseigentümer liegen. Hier wäre eine Beteiligung der Gemeinde von ebenfalls 10 % an den Hausanschlusskosten im grauen Fleck denkbar.
- Neben der Gutschrift von 10 % der entstehenden Anschlusskosten, wäre auch die Variante möglich, dass die Kommune einen pauschalen Zuschuss z.B. 350 oder 1000 Euro pro Hausanschluss im grauen Fleck an den Hauseigentümer gibt.
- Alle Hausanschlüsse werden von der Gemeinde finanziert

Eine Variante, auch die förderfähigen Hausanschlüsse durch Eigenbeteiligung der Eigentümer, an den Kosten zu beteiligen macht wirtschaftlich keinen Sinn. Werden Gebühren oder Pacht für den Hausanschluss von den Anschlussnehmern verlangt, werden diese als Einnahme von den förderfähigen Kosten abgezogen.

Anbei zur Veranschaulichung zwei Rechenbeispiele:

Angenommen ein Hausanschluss kostet etwa 5000 € und es sind dafür 90 % Förderung zu erwarten.

Variante 1: Es wird keine Gebühr verlangt.

5000 € förderfähige Kosten pro Hausanschluss:

90 % Förderung 4500 €

10 % Anteil der Gemeinde 500 €

Variante 2: Pro Hausanschluss wird eine Anschlussgebühr von 500 € verlangt.

4500 € förderfähige Kosten pro Hausanschluss:

90 % Förderung 4050 €

10 % Anteil der Gemeinde 450 €

Der Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Ravensburg empfiehlt, auf Gebühren für förderfähige Hausanschlüsse zu verzichten, um die Fördergelder voll auszuschöpfen und die Bürger nicht zu belasten.

Mögliche weitere Vorgehensweise:

In der Praxis wurden im Zweckverbandsgebiet bereits mehrere Modelle ausprobiert. Überwiegend fand die Variante mit dem pauschalen Zuschuss (350 – 1000 Euro) die größte Akzeptanz. In diesem Modell investiert die Gemeinde in jeden Hausanschluss und unterstützt jeden Eigentümer. Diese Variante sieht die Verwaltung als beste Vorgehensweise, um nicht-



förderfähige Hausanschlüsse im Zuge einer Baumaßnahme für förderfähige Hausanschlüsse mit anzuschließen.

Finanzielle Auswirkung:

Da die genauen Zahlen der Hausanschlusskosten noch nicht vorliegen, kann die Höchstgrenze derzeit noch nicht festgelegt werden.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat für die Herstellung von förderfähigen Hausanschlüssen der Empfehlung des Zweckverbandes Breitbandversorgung zu folgen und in Ausbaumaßnahmen keine Gebühren von den Anschlussnehmern zu verlangen.
2. Nicht-förderfähige Hausanschlüsse im „grauen Fleck“ werden im Zuge des Breitbandausbaus für weiße Flecken ebenfalls inkl. der Hauseinführung bis zum Abschlusspunkt erschlossen. Die Kosten ab der Grundstücksgrenze sind von den Anschlussnehmern zu bezahlen. Für die Herstellung nicht-förderfähiger Hausanschlüsse erhalten die Anschlussnehmer von der Gemeinde einen Zuschuss in Höhe von 10 Prozent der Kosten, maximal 500,00 Euro.
3. Diese Regelung gilt für ab 01.01.2021 bestehende Gebäude, vorläufig befristet bis 31.12.2024.